

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

**POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION**

Herausgegeben von

Oberkirchenrat Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Bundesminister Dr. Robert TILLMANNs, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

1. Jahrgang - Nummer 11

Bonn - im Dezember 1953

I N H A L T

DER GRUND DER VERANTWORTUNG.....	S. 1
BILANZ 1953.....	S. 2
MASS HALTEN - KURS HALTEN.....	S. 4
DAS ERBE DES SOZIALISMUS.....	S. 6
EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN.....	S. 9
POLITISCHER QUERSCHNITT.....	S. 11
AUS DEN ARBEITSKREISEN	S. 13
UNS WIRD GESCHRIEBEN	S. 15

DER GRUND DER VERANTWORTUNG

Mit dieser Ausgabe wird die „Evangelische Verantwortung“ ihren Lesern im bedeutsamen Jahr 1953 zum letzten Mal übersandt. Zwischen Argwohn und Verleumdung, freundlicher Neutralität, ehrlicher Aufgeschlossenheit und freudiger Mitarbeit hat sie ihren Weg gehen müssen. Sie wird ihn weiter gehen!

Wir können von evangelischer Verantwortung nicht reden, wenn wir nicht um die letzten Kräfte wissen, die uns tragen müssen, wollen wir in dieser Welt unseren Auftrag erfüllen. Zur Weihnacht hören wir den Ruf, der einst an die Hirten auf dem Felde erging. Wir deuten ihn nicht politisch um, aber wir wissen, daß er nicht nur für einen unaßbaren Bereich, sondern auch für die Realitäten dieser Erde gilt. „Friede auf Erden“ – das ist nicht irgendeine unverbindliche Zusage für eine andere Welt, sondern eine Sache, die hier Gestalt gewinnen kann, wenn jeder von uns damit beginnt. Bei

den Hirten gehörte nur dazu, daß sie sich aufmachten und die Dinge sahen, die da geschehen waren. Und bei uns gehört letztlich nicht mehr dazu, weil das alles andere einschließt.

Wir haben auf der diesjährigen Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hannover gesagt, daß bei uns niemand eine politische Verantwortung tragen solle, der nicht lebendiges Glied seiner Gemeinde sei. Das Christfest mahnt uns mit seiner Botschaft, dies Wirklichkeit werden zu lassen.

Unser politischer Auftrag bleibt der gleiche: politische Arbeit für die Einheit und Freiheit unseres Volkes in der Verantwortung, die das Wort Gottes uns – dem Einzelnen und uns allen gemeinsam – auferlegt. Wir grüßen zum Jahreswechsel jeden, der uns auf unserem Wege geholfen hat – äußerlich, aber noch mehr innerlich. Uns allen mag Jochen Kleppers Neujahrsgebet gelten:

Der du allein der Ewge heißt
und Anfang, Ziel und Mitte weit
im Fluge unsrer Zeiten:
Bleib du uns gnädig zugewandt
und führe uns an deiner Hand,
damit wir sicher schreiten!

D. Dr. Hermann Ehlers

BILANZ 1953

von Werner v. Lojewski

Niemand hat sich dem starken Eindruck der Tatsache entziehen können, daß die evangelischen Wähler am 6. September in großer Zahl für die Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union gestimmt haben. Zwangsläufig kommt das auch in der Zusammensetzung der neuen CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Ausdruck. Und seitdem sind diejenigen stiller geworden, die die CDU/CSU eine „katholische Partei“ nannten. An diesem Erfolg hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU seinen sicher nicht geringen Anteil. Als er im März 1952 in Siegen zum ersten Mal zusammentrat, sah es noch anders aus. Damals hielt mancher Beobachter den evangelischen Teil der CDU/CSU für weit weniger lebendig, einsatzbereit und verläßlich als den katholischen. Um so notwendiger war der Ruf zur Sammlung und Mitarbeit. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dieses Anliegen in Siegen ausdrücklich begrüßt. Die diesjährige Tagung des Arbeitskreises vom 5. – 7. Juni in Hannover ließ deutlich werden, daß man einen erheblichen Schritt vorwärts getan hatte. Und die Wahl zum Zweiten Deutschen Bundestag bestätigte dann in überwältigender Weise, wie fruchtbar ein nachdrückliches Ansprechen des evangelischen Raumes auf seine politische Verantwortung war.

Naturgemäß sind die Mittel des Arbeitskreises beschränkt. Er verfügt nur über eine kleine Geschäftsstelle. Aber sie ist aktiv. Und das Klima im Lande kommt ihrer Arbeit entgegen. Es liegt in der Luft, daß der engere Zusammenhalt der evangelischen Mit-

glieder und Freunde der „Union“, der zunächst auf Bundesebene angestrebt wurde, auch im Lande realisiert werden muß, wenn er durchgreifend wirksam werden soll. So haben in den letzten Monaten mehr und mehr Arbeitskreise in Städten und Landkreisen die Arbeit aufgenommen, bemerkenswerterweise u. a. auch besonders erfolgreich in Bayern, dem Gebiet der CSU. Ein Teil dieser Arbeitskreise ist durch eigene Veranstaltungen verschiedenster Art im Wahlkampf durchschlagend und mit nachhaltigem Echo hervorgetreten. Alles spricht dafür, daß diese Entwicklung stetig vorangehen wird – vielfach unmittelbar von der Bonner Geschäftsstelle aus angeregt und immer von ihr gefördert. So bemüht sich die Geschäftsstelle zunehmend um Rednereinsatz, Beratung und Auskunftserteilung aller Art, sowie nicht zuletzt um Versorgung der Arbeitskreise mit Material über die besonderen Aufgabengebiete der CDU/CSU und ihres evangelischen Teils. Darüber hinaus hat sich auch hier erwiesen, von welcher großen Bedeutung es ist, möglichst viele Menschen einzeln und persönlich anzusprechen. Die Kurve der Gesamtarbeit zeichnet sich in der Auflage der „Evangelischen Verantwortung“ ab, die seit Beginn ihres Erscheinens im März dieses Jahres um mehr als das Doppelte erhöht werden mußte.

Bisher ist es eigentlich überall richtig verstanden worden, daß diese evangelische Aktivität nicht etwa auf eine „Partei in der Partei“ abzielt. Sie hat ihren Ursprung vielmehr in der Erwägung, daß die evangelischen Glieder der CDU/CSU eine wichtige Aufgabe haben: die politische Aktivierung der evangelischen Bevölkerung in Deutschland. Das Verlangen nach stärkerem Zusammenhalt, der ohne gewisse organisatorische Formen nicht möglich ist, entspricht außerdem der allgemeinen Erkenntnis, daß der organisatorische Ausbau der Gesamt-CDU/CSU ein unaufschiebbares Erfordernis sei.

Evangelischer Arbeitskreis – das kann deshalb auch nicht zu der Auslegung führen: hier sollten konfessionelle Unterschiede schärfer durchgezeichnet werden. Daß sich aus solchen Unterschieden gelegentlich Spannungen ergeben, wird weder geleugnet, noch läßt es sich totschweigen. Aber der Sinn der politischen Arbeit in der CDU/CSU kann nicht sein, derartige Spannungen laut oder leise, offen oder versteckt in politische Realitäten umzusetzen. Es kann nur darum gehen, das g e m e i n s a m e Anliegen christlicher Politik zu verwirklichen. Die Notwendigkeit einer christlichen Partei wurde bereits vor über hundert Jahren fast gleichzeitig im katholischen wie evangelischen Lager erkannt.

Es gibt Fragen, die auf evangelischer Seite noch nicht mit so anerkannter Gültigkeit geklärt sind wie auf der katholischen. Die Gründe dafür sind allgemein bekannt. Sie liegen vor allem im Wesen des Protestantismus. Gleichwohl muß der evangelische Teil der CDU/CSU zur Klarstellung und Durcharbeitung bestimmter Fragen gelangen. Man denke beispielsweise an die Schulfrage oder an das Problem einer Sozialordnung in evangelischer Sicht. Es gibt ferner Fragen, bei denen der evangelische Standort gegenüber dem katholischen noch herausgearbeitet werden muß. In diesem Zusammenhang sei nur auf das Problem des Naturrechtes oder alle diejenigen Fragen verwiesen, die mit der Errichtung eines Familienministeriums zusammenhängen. In der Klärung von Fragen dieser Art, im Zusammentragen geeigneter Unterlagen hierfür liegt ein umfangreiches und bedeutungsvolles Aufgabengebiet des Evangelischen Arbeitskreises.

Der innere Ausbau des Staats- und Volksgefüges ist eine der entscheidenden Bewährungsproben in den kommenden vier Jahren. Um so mehr wird man sich immer die G r u n d - f o r d e r u n g e n vor Augen zu halten haben, die der Evangelische Arbeitskreis im vergangenen Sommer in Hannover aufgestellt hat: sich zu einer nüchternen Betrachtung politischer Fragen zu bequemen und sich nicht von Illusionen und Ressentiments bestimmen zu lassen - zu erkennen, daß eine protestantische Farblosigkeit keine Grundlage einer politischen Haltung ist - von der Meinung Abschied zu nehmen, man könne politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen nach irgendwelchen säkularen Gesichtspunkten entscheiden, indem man davon absieht, daß man Christ ist - zu begreifen, daß das Einzige, was im politischen Leben weiterhilft, echte Mitarbeit und nicht negative Kritik aus der Ferne ist.

MASS HALTEN - KURS HALTEN

von Oberkirchenrat Adolf Cillien

Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Nach der Bundestagswahl vom 6. September, die für die CDU/CSU einen so überwältigenden Erfolg erbrachte, wurden von verschiedenen Seiten Befürchtungen hinsichtlich der Folgen eines derartigen Wahlergebnisses laut. Es wurde behauptet, daß die Partei, die im Zweiten Bundestag über die absolute Mehrheit verfügt, ohne Zweifel einen autoritären und totalitären Kurs einschlagen würde. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Äußerungen einer echten Sorge entsprangen, oder ob sie nur über die eigene unbefriedigende Situation hinwegretten sollten. Jedenfalls haben sich solche Vorausagen als völlig unbegründet erwiesen. Der Bundeskanzler konnte nichts Besseres nach der Wahl aussprechen als dies, daß in allem Maß gehalten werden würde. Damit fand er auch die volle Zustimmung seiner Parteifreunde. Die Kabinettsbildung und die Zusammensetzung der verschiedenen Bundestagsausschüsse haben inzwischen für jeden unter Beweis gestellt, daß seitens der CDU/CSU-Fraktion wirklich Maß gehalten wird. Die Mitglieder der Christlich-Demokratischen/Christlich-Sozialen Union haben im übrigen ganz allgemein weder eine Neigung noch eine Begabung zu totalitärem Handeln.

Ebenso eindeutig wurde die Frage nach dem Kurs der CDU/CSU im neuen Bundestag beantwortet. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß es der alte und bewährte Kurs bleiben würde, dem das deutsche Volk bei der Bundestagswahl so demonstrativ seine Zustimmung gegeben hatte. Sehr viel ernster war und ist auch heute noch die Frage, wie dieser demokratische und soziale Kurs in der praktischen Arbeit verfolgt werden soll. Es mußte jedem Einsichtigen sofort klarwerden, daß die alle früheren Größenordnungen übertreffende Stärke unserer Fraktion manche Probleme und Schwierigkeiten aufwerfen würde: Das bisherige Fraktionssitzungszimmer ist für die 250 Abgeordneten völlig unzureichend (eine Besserung wird hier erst im März des kommenden Jahres eintreten, wenn ein größerer Raum für die Fraktion geschaffen worden ist). Für jeden

einzelnen Abgeordneten bedeutet es eine nicht ganz leichte Aufgabe, 249 Kollegen dem Namen und Wesen nach kennenzulernen. Dies gilt in ganz besonderer Weise für die Leitung der Fraktion. Das Entscheidende aber ist, daß aus dem Vierteltausend Abgeordneter, von dem die Hälfte neu eingetreten ist, eine echte und fruchtbare Arbeitsgemeinschaft werden muß. Selbstverständlich ist es völlig ausgeschlossen, sämtliche Themen in einem so großen Kreise mit Erfolg zu diskutieren. Daher mußte zunächst eine Aufteilung vorgenommen werden:

Unter Berücksichtigung persönlicher Wünsche wurde jeder Abgeordnete durchschnittlich Mitglied in zwei parlamentarischen Ausschüssen (insgesamt gibt es 36 Ausschüsse im Bundestag). Innerhalb der Fraktion wurden fünf sogenannte Arbeitskreise gebildet, und zwar für: 1. Allgemeine - und Rechtsfragen, 2. Ernährung und Wirtschaftspolitik, 3. Haushalts- und Steuerfragen, 4. Arbeit und Sozialpolitik, 5. Auswärtiges und EVG-Fragen. Jedem dieser Arbeitskreise sind eine Reihe von Ausschüssen zugeteilt. So z.B. dem Arbeitskreis für Arbeit und Sozialpolitik die Ausschüsse für: Arbeit, Sozialpolitik, Lastenausgleich, Heimatvertriebene, Kriegsoffer, Öffentliche Fürsorge, Gesundheitswesen und Jugendfragen. Die Mitglieder der genannten acht Ausschüsse bilden also in der Fraktion den Arbeitskreis IV, die Mitglieder anderer materienverwandter Parlamentsausschüsse jeweils einen der übrigen vier Arbeitskreise.

Jeder Arbeitskreis stellt in seiner Zusammensetzung ein verkleinertes Spiegelbild der Gesamtfraktion dar. Dadurch ist gewährleistet, daß die verschiedenen landsmannschaftlichen, berufsständischen und sonstigen Auffassungen, die in der Gesamtfraktion vertreten werden, auch in den fünf Arbeitskreisen zur Auswirkung kommen. In diesen Arbeitskreisen finden die eingehenden Beratungen der Gesetzesmaterien statt, für die die einzelnen parlamentarischen Ausschüsse zuständig sind. Ihre Ergebnisse werden der Gesamtfraktion mit einem einheitlichen Vorschlag oder in Form von Mehrheits- und Minderheitsstellungen zur Entscheidung unterbreitet. Nur auf diese Weise ist zweierlei sichergestellt: einmal die gründliche Durcharbeitung der Gesetzesmaterien in einem arbeitsfähigen Gremium und zum anderen die Bewältigung der Fülle an Aufgaben in der zur Verfügung stehenden Zeit innerhalb der Fraktion.

Auch das geschilderte Verfahren kann nicht alle Schwierigkeiten beseitigen. Es ist für jeden Abgeordneten eines Parlamentes unbefriedigend, daß er sich nicht mit allen gestellten Aufgaben gründlich auseinandersetzen kann. Im Bundestag erfordert z.B. allein die Zugehörigkeit zum Haushaltsausschuß fast die gesamte Arbeitskraft eines Abgeordneten. Es läßt sich gar nicht vermeiden, daß sich auch in der parlamentarischen Praxis ein gewisses Spezialistentum ausbildet. Durch den jetzt von der CDU/CSU-Fraktion beschrittenen Weg wird aber zumindest erreicht, daß die einzelnen Abgeordneten die Fragen und Probleme von 6 - 8 Ausschüssen gründlich und sachverständig bearbeiten können.

Die Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union hat es immer mit Stolz und Freude erfüllt, daß sie in sich und ihren Fraktionen alle Stände und Berufe unseres Volkes vereinigt. Das führt naturgemäß aber gelegentlich auch zu Spannungen in der parlamentarischen Arbeit. Die genannten Arbeitskreise innerhalb unserer Fraktion bieten

jedoch die Möglichkeit, solche Spannungen ehrlich und sauber auszutragen. Dabei ist in unseren Augen der vernünftige Kompromiß eine durchaus erstrebenswerte Sache der Politik. Immer wieder hat sich gezeigt, daß dieses Ziel um so eher erreicht werden kann, je mehr die Glieder der Fraktion eine gemeinsame geistige und politische Grundhaltung verbindet.

Die CDU/CSU-Fraktion war im Ersten Bundestag keine uniforme Größe. Das wird auch im Zweiten Bundestag nicht anders sein. Es wird keine Gleichschaltung und keinen Fraktionszwang geben. Es muß aber alles versucht werden, die übernommene schwere Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke aus der Gemeinsamkeit christlichen Wollens zu erfüllen. Das wird nur gelingen, wenn sich die Abgeordneten von der in den Gemeinden geübten Fürbitte getragen wissen.

DAS ERBE DES SOZIALISMUS

von Professor Dr. O. H. von der Gablentz

Die Krise des demokratischen Sozialismus ist nicht auf Deutschland beschränkt. Die SPD hat sich nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl eingestanden, daß weder ihre Ideen noch ihre Methoden ausreichen. Sie spricht nicht einmal mehr die Gesamtheit der Industriearbeiter an, geschweige denn weitere Kreise des Volkes. Ebenso stagniert die Labour-Party in England. Die Gewerkschaften, die sie tragen, stoppen jedes wirtschafts- und sozialpolitische Experiment – und andere gestaltende Ideen tauchen nicht auf. Eine in diesem Sommer abgehaltene internationale Sozialistentagung in Holland enttäuschte die Teilnehmer ebenfalls durch ihre Ideenlosigkeit. Man hat dem Marxismus abgeschworen, aber es gibt keinen Ersatz für die bohrende Kraft der soziologischen Analyse und für den fanatisierenden Schwung der Prophetie. Das ist besonders deprimierend für eine Partei, die von der Überzeugung gelebt hat, daß sie den Fortschritt verträte. Sie kann Niederlagen vertragen, wenn sie sich daraus erklären lassen, daß sich die Führer im Tempo der Entwicklung verrechnet haben. Aber ein Zweifel daran, daß ihr der Fortschritt früher oder später zum Siege verhelfen müsse, oder gar daran, daß ihre Sache fortschrittlich sei, kann tödlich wirken.

Die Sozialdemokratie wurde getragen von dem Glauben, daß „links“ progressiv sei, daß links vom Liberalismus die radikale Demokratie und links von der Demokratie der Sozialismus stände. Der Liberalismus gab die geistige Haltung, den Glauben an Vernunft, Fortschritt und endliche Harmonie auf Erden. Die Demokratie gab das politische Programm, den Glauben an die *volonté générale*, an die Richtigkeit der Mehrheitsentscheidung, an die Gerechtigkeit einer sozialen Nivellierung. Der Sozialismus gab das Wirtschaftsprogramm: das Interesse der arbeitenden Massen fordere Gemeineigentum, Planung und Mitbestimmung über das eigene Arbeitsleben. Das war der offene Glaube der Anhänger und der heimliche Glaube der Gegner, die immer wieder gelähmt waren durch das Gefühl, eine verlorene und nicht einmal gerechte Sache zu vertreten.

Sein Pathos gewann dieser Glaube aus der Begeisterung für Freiheit und Gleichheit. Freiheit bedeutete Kampf gegen den Absolutismus des Staates – ursprünglich Kampf für die Freiheiten der Stände, dann Kampf für die Freiheiten aller Bürger im Sinne einer genossenschaftlichen Ordnung statt der herrschaftlichen. Gleichheit bedeutete Anteil aller Schichten der Gesellschaft an diesen Freiheiten und Bürgerschaft eines Lebensstandes, durch den die Massen überhaupt erst in die Lage versetzt wurden, sich der Freiheiten zu bedienen. Das heißt also: genossenschaftliche Ordnung nicht so sehr des Staates wie der ganzen Gesellschaft.

Nun erwies die Geschichte, daß der Liberalismus nicht imstande war, diese genossenschaftliche Ordnung zu verwirklichen. Er überschätzte die Möglichkeiten der Wirtschaft, die Harmonie zu sichern, und führte damit gerade zur Bildung neuer Herrschaft, neuer, von der Wirtschaft in die Politik hinüberreichender Machtgebilde. Die unverdächtigen Zeugen für dieses historische Versagen sind die Neoliberalen von heute, die daraus ihre Forderung einer „Wettbewerbsordnung“ begründen.

Aber auch die radikale politische Demokratie konnte es nicht schaffen. Der Gemeinwille Rousseaus war eine Fiktion. Die Lehren der antiken Demokratie wiederholten sich: Entweder führte der Massenwille zum Chaos oder er wurde zum Objekt eines Tyrannen (Robespierres nach 1789, Napoleons III. nach 1848) oder er führte zur Unterwerfung schwächerer Gruppen durch die Willkür einer stärkeren, die noch nicht einmal die Mehrheit zu haben brauchte – einer Volksgruppe im Nationalitätenkampf (Tschechen, Polen), einer Interessengruppe im Klassenkampf (Diktatur des Proletariats). Der Sozialismus schließlich hat diese Entwicklung nicht etwa aufgehoben, sondern
v o l l e n d e t .

Neben dem klassenkämpferischen (marxistischen) Sozialismus stehen von Anfang an der Staats- und der Genossenschaftssozialismus. Der Staatssozialismus (in Deutschland Rodbertus, Lassalle und – in abgeschwächter Form – Adolph Wagner, der „Kathedersozialist“) hat als Hauptmethode die Planung; er neigt zum Konservatismus. Der Genossenschaftssozialismus legt entscheidendes Gewicht auf die Mitbestimmung der Arbeiter (typische Vertreter sind Proudhon in Frankreich, Oppenheimer in Deutschland und Cole, der „Gildensozialist“, in England); er ist ein liberaler Sozialismus.

Die geschichtliche Entwicklung hat gezeigt, daß das genossenschaftliche Element beim klassenkämpferischen wie beim Staatssozialismus von Anfang an zu kurz gekommen ist, und daß für einen genossenschaftlichen Sozialismus auch in den sozialistischen Parteien wenig Raum war. Der Marxismus hat nie eine andere Lösung für die geforderte „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ gefunden, als Verstaatlichung. Damit ging er ein Bündnis mit den Ideen des Staatssozialismus ein und konnte eine zentralistische Planung nicht vermeiden. Wenn gegenüber dem abschreckenden Beispiel des Kommunismus ein freiheitlicher Sozialismus nach anderen Formen suchte, ist er immer steckengeblieben in ebenfalls zentralistischen Organisationen: zentralen Wirtschaftsräten und -verbänden, zentral gesteuerten Gewerkschaften u.ä. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Hilflosigkeit der deutschen Sozialdemokratie in der Frage des Mitbestimmungsrechts. Sie hat an dem eigentlichen Problem – der Mitbestimmung der Belegschaft – krampfhaft vorbeigesehen und mit Nachdruck das „überbe-

triebliche" Mitbestimmungsrecht vertreten, das gar kein Mitbestimmungsrecht, sondern eine Beteiligung der Gewerkschaften an Wirtschaftsverwaltung und -planung ist. Ähnlich in England: Die Ergebnisse der Labour-Politik sind Planung – von der Kontingentierung bis zum Nationalen Gesundheitsdienst – und Enteignung – von der unvermeidlichen Kohlensozialisierung bis zu den mit Unbehagen um der Doktrin willen unternommenen Maßnahmen in der Stahlindustrie und im Verkehrswesen. Am stärksten ist wohl das genossenschaftliche Element noch in Skandinavien; daher sind hier die sozialistischen Parteien stärker in der Gesamtheit des Volkes verankert.

Wie es zu der dargestellten Paradoxie gekommen ist, sehen wir am deutlichsten beim Kommunismus, der nicht nur das organisatorische Extrem bildet, sondern auch allein den Mut gehabt hat, die marxistische Theorie konsequent zu Ende zu denken. Bei Marx ist zwar ursprünglich der genossenschaftliche Ansatz vorhanden gewesen: die „Selbstentfremdung“ des Menschen zur bloßen Funktion in der Masse aufzuheben. Aber er hat von Hegel den Gedanken übernommen, daß der Teufel nur mit Beelzebub auszutreiben sei. Die Dialektik soll bis zu solchen Extremen führen, die in die „Negation der Negation“ umschlagen. Der Klassenstaat des Kapitals ist nach Marx nur durch einen Klassenstaat der Proletarier zu überwinden. Und dieser Klassenstaat zeigt – entgegen der marxistischen Theorie, die sein Absterben erwartet – genau dieselben Züge der Herrschaft über die ihm unterworfenen, angeblich selbst den Staat bildenden Massen wie sein Vorgänger.

Raum für eine genossenschaftliche Ordnung wird sich von selbst niemals bilden. Er muß von vornherein durch Dezentralisation geschaffen sein. – Das gilt auch für solche Organisationen des Klassenkampfes, die durchaus in einen freiheitlichen Staat hineinpassen, wie die Gewerkschaften. Sie könnten ohne Zweifel eine dezentralisierte Betriebsordnung als Ergänzung neben sich vertragen. Aber sie sind überfordert, wenn man von ihnen im Rahmen der Selbstverwaltung so etwas erwartet. Erst recht gilt das jedoch für alle Formen des Staatssozialismus: Auch wenn man der Wirtschaftsplanung einen größeren Bereich zubilligt, als es unsere heutige Wirtschaftspolitik tut, auch wenn man die beträchtlichen positiven Leistungen des Wohlfahrtsstaates anerkennt, muß man zugeben, daß beide zwangsläufig die herrschaftliche und nicht die genossenschaftliche Ordnung verstärken.

Dabei sind die sozialistischen Parteien, wenn sie sich im Staatssozialismus versuchen, noch belastet mit ihrer Herkunft von der radikalen Demokratie Rousseaus, die ja den gleichen Grundfehler hat wie der Marxismus, daß sie den Teufel mit Beelzebub austreiben will, um die Freiheit auf dem Wege des Zwanges zu erreichen. Nach Rousseau zwingt die Mehrheit die dissentierende Minderheit „zu ihrer eigenen Freiheit“. Dieser falsche politische Grundansatz hat seinen Ursprung im Geistigen – im Glauben an die Vernunft, die sich durchsetzen, und an den Fortschritt, der zwangsläufig kommen werde.

Fortsetzung in der Januar-Ausgabe

EIN BUCH, DAS WIR EMPFEHLEN . . .

Im Holle-Verlag, Darmstadt, ist ein besonders lesenswertes Buch erschienen. Es hilft uns in entscheidender Weise, vom Grundsätzlichen her mit aktuellen politischen Problemen fertig zu werden. Das Buch trägt den Titel: „WAHRHEIT UND LÜGE DES KOMMUNISMUS“ (160 Seiten, Ganzleinen DM 7.80). Sein Verfasser heißt NIKOLAI BERDIAJEW.

Wer ist Berdiajew? Er ist Russe; er ist ein bedeutender Philosoph und ein entschiedener Christ. Er ist – wie nur wenige – berufen und befähigt, uns über den selbsterlebten russischen Bolschewismus aufzuklären.

Die Antwort auf die uns immer wieder bewegende Frage nach „Wahrheit und Lüge des Kommunismus“ wird durch eine historische Untersuchung vorbereitet:

Wir wissen, daß der russische Mensch besonders religiös ist. Mit starker Hingabe und mystischer Glut versuchte er, christliche Existenz auszuleben. Er machte jedoch, besonders im Hinblick auf den Westen, die traurige Erfahrung, daß es zu viele „Pseudochristen“ gibt. Sie existieren in der fragwürdigen Form einer dualistischen Lebensführung: „Die Christen leben in zwei Rhythmen: in einem religiösen, kirchlichen, von dem nur ein Bruchteil ihrer Tage und Stunden bestimmt wird, und in einem weltlichen, areligiösen, dem beinahe ihr ganzes Leben unterworfen ist.“ Diese in sich gespaltete Existenz führte zum „Verfallschristentum“.

Das „Verfallschristentum“ war mitschuldig an der Entstehung asozialer Verhältnisse. An ihnen hat sich der Kommunismus entzündet. Er ist eine leidenschaftliche Anklage gegen die Heuchelei eines n u r konservativen und bürgerlichen Christentums. Die W a h r h e i t des Kommunismus besteht darum „in der Auflehnung gegen die Lüge der entarteten christlichen Welt“.

Der Kommunismus übt durchaus nicht als einziger Kritik am Christentum. Es sei nur an den Dänen Kierkegaard oder an den russischen Dichter Tolstoi erinnert. Aber beide kritisierten als Christen. – Anders der Kommunismus. Warum konnte er sich gerade in einem so tief religiös veranlagten Volk, wie dem russischen, entfalten?

Der Kommunismus wurde ein g o t t l o s e r Kommunismus, weil er am Theodizeeproblem scheiterte. Das heißt: Es war nach russischer Denkweise unverständlich, daß die Welt Gottes eine Welt solcher Ungerechtigkeiten sein sollte. Weil sich die Russen nicht ständig vergegenwärtigten, daß die Theodizeefrage erst mit der Wiederkunft Christi als Triumphator Gottes ihre Lösung findet, und der Mensch auch erst dann aus seinem inneren Widerspruch und seiner Not, in Gebrochenheit zu existieren, herausgenommen wird, kamen sie zur Ablehnung Gottes, seiner Kirche und der Christen.

Das Entscheidende des Kommunismus geschah aber nicht mit diesem Nein, sondern mit einem Ja – mit dem Ja zu einer neuen Religion. Diese Religion war er selbst: der Kommunismus, der Bolschewismus. Den Kommunismus zur Religion gemacht zu haben, ist das für Rußland Charakteristische. Darum lautet die bedeutungsvollste Aussage des ganzen Buches: D e r B o l s c h e w i s m u s i s t R e l i g i o n. Und zwar: „Er ist eine Religion der endgültigen Diesseitigkeit.“

In der Tatsache der Selbstvergottung des Kommunismus liegt seine große L ü g e. Schon Dostojewski sah in dem russischen Sozialismus eine religiöse Frage.

Grundsätzlich alles, was weiterhin über den Kommunismus gesagt werden kann, resultiert aus seinem Selbstverständnis als Religion.

Weil der Kommunismus Religion ist, stellt er eine solche Bedrohung dar. Berdiajew schreibt: „Die tiefste Gefahr des Kommunismus liegt in seiner religiösen Bedeutung.“ – „Nichts ist für die Leninisten verhaßter als die Versuche der Versöhnung des Christentums mit Kommunismus und Sozialismus.“

Weil er eine Religion reiner Diesseitigkeit ist, wendet sich sein Interesse nur materiellen Dingen in der Zeit zu. Sie werden verabsolutiert. So kommt der Kommunismus zu einer „ökonomischen Metaphysik“ und Weltauffassung.

Es liegt im Wesen des Kommunismus als Religion, daß die Leninisten „einen grandiosen Plan der Umgestaltung des ganzen Lebens“ haben. Er soll durchgeführt werden von dem

Proletariat: „Das Proletariat ist eine messianische Klasse, die zur Befreiung der Menschheit berufen ist“, weil nur das Proletariat „vor der Erbsünde der Ausbeutung bewahrt“ blieb. Das führt zum „Kernstück des Leninismus“: dem dialektischen Materialismus. Es ist notwendig, sich über dieses zentrale Problem der bolschewistischen Religion Klarheit zu verschaffen.

Der dialektische Materialismus ist vom historischen Materialismus unbedingt zu unterscheiden. Das geschieht sehr oft nicht. Meist wird fälschlicherweise unter dem historischen Materialismus der dialektische verstanden. Es fällt auf, daß Berdiajew mit dem Begriff des historischen Materialismus nicht arbeitet, ihn aber voraussetzt. Der historische Materialismus ist seiner Methode nach auf Hegel zurückzuführen. Durch Marx erfolgte die bekannte „Umstülpung“ des Hegelschen Dreitaktes (These, Antithese, Synthese) von der Welt der Idee auf soziologisch-ökonomische Verhältnisse. Er brachte ihn dadurch zur praktischen Anwendung im Bereich des Empirischen. Die These lautet hier: Kapitalakkumulation (-zusammenballung) infolge Ausbeutung; sie bedingt die Antithese: Massenproletarisierung; These und Antithese werden durch die Synthese aufgehoben: Expropriation der Expropriateure (Enteignung der Enteigner) und damit Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft. Dieser Prozeß läuft nach Marx mit zwingender Notwendigkeit ab. Der Marxismus lehrt deshalb den ökonomischen Determinismus.

Weil der erwähnte Prozeß sich in der Geschichte vollzieht, sprechen wir vom historischen Materialismus. Ihn vertritt der Kommunismus Lenins und Stalins zwar auch, jedoch nicht ohne eine wesentliche Ausweitung. Sie besteht in der Hinzufügung eines voluntaristisch-freiheitlichen Moments. Dadurch wird aus dem historischen der dialektische Materialismus. Historischer Materialismus für sich allein gesehen ist nach leninistischer Auffassung eine Irrlehre, die als „mechanizistischer Materialismus“ scharf bekämpft wird. Diesen Begriff nimmt Berdiajew in seiner zum Grundsätzlichen durchstoßenden Untersuchung auf. Es leuchtet ein, daß es propagandistischer Anstrengungen seitens der Kommunisten eigentlich gar nicht bedürfen sollte, da der Zerfall der kapitalistischen Welt nach marxistischer Auffassung als ein historischer Prozeß mechanisch und unaufhaltsam vor sich geht. Historischer Materialismus und kommunistischer Aktivismus schließen einander aus. Die Kommunisten sind aber von einer bis in die Haarspitzen gehenden Aktivität beseelt. Hierin liegt offensichtlich ein Widerspruch. Und diesen Widerspruch erhebt der dialektische Materialismus zum Prinzip.

Dialektisches Denken ist ein Denken in Gegensätzen. Das Gegensätzliche im dialektischen Materialismus bezieht sich auf die Begriffe: Materie und Historie. Die Materie hat nach Lenin ihr „Grundgeheimnis“ in einer „inneren Lebendigkeit“ – die Sowjetphilosophie bezeichnet sie als „Autodynamik“. Zu dem von Marx gelehrt mechanisch-unaufhaltsamen Ablaufschema der Geschichte tritt die leninistische Auffassung vom „sozialen Titanismus“ des Proletariats. Indem die zwei sich gegenseitig ausschließenden Begriffe: Gesetzmäßigkeit und Freiheit, Determinismus und Aktivismus, zu einer Einheit zusammengeschmolzen werden, entsteht der dialektische Materialismus. Er verdient, als „Kernstück“ bezeichnet zu werden. Denn mit dieser Lehre gibt Lenin dem Kommunismus zweierlei: 1. den festen Glauben: Die Welterlösung durch den Kommunismus kommt unzweifelhaft, sie muß kommen (historischer Materialismus); 2. die religiös-missionarische Aktivität: Arbeite und sei ein Kämpfer für das, was kommen muß – die Weltrevolution (dialektischer Materialismus).

Obwohl Berdiajew kein einziges Wort zum politischen Gegenwartsgeschehen sagt, zwingt er doch jeden objektiven Leser zu ernstesten Konsequenzen, insbesondere im Hinblick auf Fragen der Außenpolitik:

1. Wir müssen den Kommunismus so verstehen, wie er sich selbst versteht: als Religion. Wenn der Kommunismus aber verweltlichte Religion ist, wenn er einen Atheismus militans (eine kämpferische Gottlosigkeit) predigt, wenn er von einem apokalyptischen Geiste erfüllt ist und die Welterlösung durch eine Weltrevolution des internationalen Proletariats prophezeit – dann ist jede Verharmlosung des Bolschewismus eine Todsünde gegenüber unserem eigenen Volk; dann ist es eine völlige Verkenntung des Bolschewismus, in dem offiziellen Organ der Gesamtdeutschen Volkspartei vor der Bundestagswahl in großer Aufmachung auf der ersten Seite die Schlagzeile zu bringen: „Weltenwende im Kreml“, nur weil dort aus rein taktischen

Gründen einmal in die Friedensschalmeien geblasen wird. Religiöser Bolschewismus bleibt religiöser Bolschewismus. Religiöse Anschauungen werden mit Zähigkeit verfochten und nicht gewechselt wie ein Kleid. Die Religion des Bolschewismus aber ist die Gottlosigkeit. Ihr missionarisches Ziel ist eine Durchdringung der ganzen Welt mit ihren Ideen.

2. Wir müssen den Kommunismus durch unser Verhalten in einer ihn selbst überzeugenden Weise als Pseudoreligion entlarven. Wir dürfen uns daher von Moskau nicht in ein ständiges Schwitzbad von Hoffnung und Enttäuschung treiben lassen, wie wir das in Frankreich, aber vielfach auch in Deutschland erleben. Es ist erforderlich, sich einen wachen Sinn für den Unterschied von Strategie und Taktik zu bewahren. Zur Taktik des Kreml gehört seine Politik der kleinen Zugeständnisse, zur Strategie sein beharrliches weltanschauliches und machtmäßiges Expansionsstreben. Vor allen Dingen müssen wir den Glauben des Kommunismus an den unaufhaltsamen Zerfall der „bürgerlichen“ Welt und das ebenso unaufhaltsame Heraufziehen des Weltkommunismus durch einen europäischen Zusammenschluß und gesteigerte Leistungen auf sozialem Gebiet **w i d e r l e g e n**. Mit Uneinigkeit und Schwäche erweisen wir den Kommunisten den besten Dienst, denn wir bestätigen damit die vermeintliche Richtigkeit ihrer religiösen Überzeugung; nur durch Besinnung auf unser abendländisches Erbe, durch Einigkeit und Stärke kann das Gegenteil erreicht werden. Von seinem Selbstverständnis als Religion her **m u ß** der Bolschewismus jede Uneinigkeit und Schwäche des Westens ausnutzen. Es kommt deswegen alles darauf an, daß wir ihn durch Schaffung gesunder sozialer und kultureller Verhältnisse, wie durch eine geschlossene Front bei allen Verhandlungen **i d e o l o g i s c h e n t m a c h t e n**.
3. Die Überführung des Kommunismus als Pseudoreligion braucht ihre Zeit. Im Hinblick auf die Wiedervereinigung sind wir deshalb zur Geduld, aber auch zu unverzagtem Mut aufgerufen; denn – abgesehen von jeglichem **t a k t i s c h** bedingten Verhalten Moskaus – wird sie letztlich nur auf Grund einer auch für den Kommunismus unbestreitbaren Widerlegung seiner säkularisierten Religion möglich sein.

Wer das Buch Berdiajews liest, lernt Wesentliches. Jeder, der um eine echte geistige Durchdringung des Ost-West-Problems ringt, sollte an dieser mit hervorragender Sachkenntnis und Gründlichkeit geschriebenen Darstellung der kommunistischen Weltanschauung nicht vorübergehen.

Dr. B.

POLITISCHER QUERSCHNITT

Das Wagnis von Berlin

Mit der Berliner Viererkonferenz wird die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands fallen. Das muß so deutlich ausgesprochen werden, damit man sich bewußt wird, worum es geht. Gewiß fällt eine solche Entscheidung nicht für alle Ewigkeit, wohl aber mit großer Wahrscheinlichkeit für einen erheblichen Zeitraum. Verständigt man sich über die Wiedervereinigung, ist es gut. Dann werden die Deutschen mit sich zu Rate gehen müssen, ob die Art der Wiedervereinigung und der künftige Status Gesamtdeutschlands in der Weltpolitik sie befriedigen oder nicht. Dieser Status würde mit Zustimmung der Sowjetunion beschlossen werden müssen. Das ist zu beachten. Verständigt man sich im Verlauf der Viererkonferenz oder bei der Realisierung ihrer Ergebnisse nicht, dürfte die Frage der Wiedervereinigung für lange Zeit Gegenstand nationaler Trauer und Sehnsucht bleiben.

Hier liegt das Wagnis, das mit der Konferenz der vier Außenminister verbunden ist. Trotzdem mußte sie angestrebt werden — denn es muß endlich einmal versucht werden, in unmittelbarem Gespräch mit dem Kreml herauszufinden, was er in bezug auf Deutschland im Sinne hat. Von der Kunst der Verhandlung wird es in Berlin abhängen, ob aller Welt glaubhaft und überzeugend vor Augen geführt werden kann, was Moskau will.

Prognosen

Es ist unmöglich vorauszusagen, wie die Konferenz verlaufen wird. Was man im Augenblick abschätzen kann, ist lediglich das Verhalten der Westmächte. Frankreich wird eine starke Anfälligkeit für Lösungen nachgesagt, die vielleicht auch für die Sowjetregierung annehmbar wären. Jedenfalls herrscht kein Zweifel darüber, daß der Kreml in den letzten Wochen mit großer Planmäßigkeit sein Lasso nach Paris ausgeworfen hat. (Sogar de Gaulle wurde in den sowjetischen Zeitungen wieder hoffähig.) Aber Frankreich befindet sich in der Zange seiner westlichen Verbündeten — seit der Bermuda-Konferenz offensichtlich mehr denn je. Allgemein scheint dies bei der negativen Begleitmusik zur Konferenz von Berlin übersehen zu werden.

Es hat nicht den Anschein, als ob die Westmächte zur Aufgabe der NATO und der EVG bereit seien. Vielleicht sind sie aber bereit, der Sowjetunion jede denkbare Garantie zu geben, daß beide Organisationen nie einen Angriffskrieg führen werden. Auf diese Weise könnte das so demonstrativ zur Schau getragene Sicherheitsbedürfnis der Sowjets unter Umständen befriedigt werden. Ob ihnen das jedoch genügen würde, muß man abwarten. Ein solches Vorhaben liefe auf eine Art Nichtangriffspakt hinaus, wobei Deutschland in das System des Westens einbezogen wäre.

Es ist ferner kaum zu erwarten, daß die Westmächte von den Forderungen ihrer bisherigen Noten abgehen werden, die mit den Beschlüssen des Bundestages übereinstimmen: nämlich die Wiedervereinigung nur auf dem Wege über freie Wahlen, Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und Abschluß eines Friedensvertrages zu vollziehen — nicht aber in irgendeiner anderen Reihenfolge, da sonst die Gefahr kommunistischer Staatsstreichversuche nicht gebannt wäre.

Moskau hat bisher die ganze Kraft seiner Angriffe auf die NATO und insbesondere auf die EVG gerichtet. Lediglich in der jüngsten Sowjetnote vom 26. November, in der sich der Kreml zur Teilnahme an einer Konferenz der vier Außenminister bereiterklärt und Berlin als Konferenzort vorschlägt, wird von einem Sicherheitssystem gesprochen, das sich auf ganz Europa erstrecken soll. Wie die Frontstellung Ost gegen West sich einmal auflösen wird, bleibt vorerst Geheimnis.

EVG ohne Alternative

Die Frage ist, wie lange es dauern wird, bis die Westmächte zu der Auffassung kommen: es bestehe Aussicht auf eine Verständigung mit der Sowjetunion — oder feststellen müssen: alle Bemühungen seien auch diesmal zur Fruchtlosigkeit verurteilt, weil Moskau nur die Entwicklung in Westeuropa verzögern bzw. verhindern wolle.

Um so beachtenswerter ist daher die außerordentliche Entschiedenheit, mit der auf den Bermudas sowohl Eisenhower wie Churchill auf die französische Ratifizierung

des EVG-Vertrages gedrängt haben. Die Staatsmänner Frankreichs mußten in mehr als einer Hinsicht enttäuscht sein: Sie hatten von den Vereinigten Staaten eine feierliche Erklärung erwartet, daß diese sozusagen nie und nimmer ihre Truppen aus Europa abziehen würden. Sie hatten die Verlängerung des NATO-Paktes auf fünfzig Jahre gewünscht. Sie hatten von Großbritannien eine Garantie haben wollen, daß es sich der EVG noch enger als bisher anschließen werde. — Aber die Franzosen kamen mit alledem gar nicht erst zum Zuge. Eisenhower erklärte mit soldatischer Knappheit, für ihn gebe es keine Alternative, sondern nur die EVG. Und Churchill setzte ihnen auseinander, was geschehen würde, wenn die EVG scheitern sollte: Die USA würden zur peripheren Verteidigung übergehen, und England würde sich dann nicht mehr imstande sehen, seine Truppen auf dem Kontinent zu belassen. Damit erschien unbarmherzig das große Mementekel, das die Franzosen bisher einfach nicht sehen wollten: Europa ist preisgegeben, wenn die EVG nicht kommt.

Die letzte Klippe

Die Vereinigten Staaten fordern dazu von Frankreich eine umgehende Entscheidung. Erfolgt sie nicht, droht die „Gefahr“, daß der amerikanische Kongreß bei den Haushaltsberatungen im März die Quote der Rüstungshilfe, die nur über die EVG läuft, über die gegenwärtigen sechzig Prozent hinaus steigert. Frankreich erhielte dann praktisch so gut wie keine direkte Rüstungshilfe mehr.

Nachdem die Franzosen also weder von den USA noch von Großbritannien weitere Zugeständnisse erwarten können, ist denkbar, daß die Saarfrage wieder in den Vordergrund rücken wird. Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten und England 1947 in Moskau u n t e r v ö l l i g a n d e r e n V e r - h ä l t n i s s e n bereit waren, Frankreich das Saargebiet zu überlassen. Das ist eine Hypothek, die man in Paris noch nicht gestrichen hat. Bei allen intensiven Bemühungen, das Schiff der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auch um die letzte Klippe, die Saarfrage, herumzusteuern und damit Deutschland von Vertrags wegen gleichberechtigt in die Gemeinschaft der freien Völker einzugliedern — der Gewinn, den wir davontragen —, dürfte aber allseits Klarheit darüber bestehen, daß eine Europäisierung der Saar nicht möglich ist, solange die wichtigste europäische Organisation, die EVG, auf Grund des französischen Widerstandes noch nicht errichtet ist, und daß eine Endlösung des Saarproblems in jedem Falle einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben muß.

v. L.

AUS DEN ARBEITSKREISEN

Unter dieser Überschrift werden wir in Zukunft laufend Berichte aus der Tätigkeit Evangelischer Arbeitskreise innerhalb der CDU/CSU im gesamten Bundesgebiet veröffentlichen. Wir hoffen, durch solchen „Erfahrungsaustausch“ unseren Freunden, die sich für die Bildung eines Evangelischen Arbeitskreises auf Kreis-

oder Ortsebene einsetzen, sowie allen bereits bestehenden Arbeitskreisen für die eigene Arbeit Anregungen und Hilfen zu vermitteln.

Wir beginnen heute mit einem Beitrag über den Evangelischen Arbeitskreis der CDU K ö l n - Stadt, dessen „Leitsätze“ und „Arbeitsprogramm“ ihrer überörtlichen Bedeutung wegen nachstehend zunächst wiedergegeben seien.

Leitsätze:

1. Innerhalb der CDU Köln-Stadt wird mit Zustimmung der Partei ein Evangelischer Arbeitskreis gebildet.

2. Alleiniges Ziel der Gründung sind Förderung und Ausweitung der Parteiarbeit im Sinne der „Union“.

Besondere Aufgaben des Arbeitskreises sind die Weckung eines politischen Verantwortungsbewußtseins bei dem evangelischen Volksteil und seine zunehmende Heranführung an die CDU, und zwar als Wähler, aber auch als Mitglieder. In Erfüllung dieser Aufgaben sucht und pflegt der Arbeitskreis Verbindung mit allen ansprechbaren evangelischen Organisationen, Einrichtungen und Persönlichkeiten (vopolitischer Raum).

Der Arbeitskreis sieht es darüber hinaus als eine besondere Pflicht an, die Partei bei der Erörterung und Klärung evangelischer Anliegen nach bestem Wissen zu beraten.

3. Dem Arbeitskreis gehören alle evangelischen Mitglieder der CDU Köln-Stadt und der Jungen Union Köln-Stadt an.

Evangelische Nichtmitglieder der CDU können durch die Leitung des Arbeitskreises zu seinen Tagungen eingeladen werden.

Der Parteivorstand hat zu allen Zusammenkünften des Arbeitskreises Zutritt.

4. Die Leitung des Arbeitskreises obliegt einem Dreierkollegium, das erstmals bis zum 31.12.1953 und künftig in Übereinstimmung mit den entsprechenden Bestimmungen der Partei-Satzung jeweils für zwei Jahre vom Arbeitskreis gewählt wird.

Die Beratungsergebnisse des Arbeitskreises sind der Partei nach jeder Zusammenkunft zur Kenntnis zu bringen.

Arbeitsprogramm:

1. Förderung der Parteiarbeit im Sinne des Evangeliums.
2. Ständige Fühlungnahme des Arbeitskreises mit der Pfarrerschaft der Synode Köln.
3. Durchführung von Versammlungen des Arbeitskreises innerhalb unserer evangelischen Gemeinden.
4. Flugblatt- und sonstige Werbe-Aktionen des Arbeitskreises bei besonderen Anlässen (Wahlen u.ä.).
5. Zunehmende Heranführung des evangelischen Volksteiles an die CDU, und zwar als Wähler, aber auch als Mitglieder.
6. Beratung der Partei bei der Aufstellung evangelischer Kandidaten anläßlich von Wahlen.
7. Beratung der Partei bei der Nominierung evangelischer Männer und Frauen für sonstige Aufgaben und Ämter (Behörden, Presse, Rundfunk u.ä.).
8. Freimütiges Gespräch des Arbeitskreises mit den in Betracht kommenden Parteien, wenn irgendwelche Angelegenheiten Anlaß zur Klage aus dem evangelischen Raum geben sollten.
9. Freimütiges Gespräch des Arbeitskreises mit evangelischen Organisationen, Einrichtungen und Persönlichkeiten zur Förderung des Verständnisses für politische Entscheidungen der CDU und zur Ausräumung etwaiger Mißverständnisse.

10. Ständige Fühlungnahme der evangelischen Parteimitglieder untereinander durch Abhaltung von Tagungen des Arbeitskreises und durch einen schriftlichen Informationsdienst (Rundbrief).
11. Wachsende Einflußnahme auf die Presse und ihre Durchdringung auch mit evangelischem Gedankengut.

Im Sinne dieser Thesen ist der Kölner Kreis an seine Arbeit gegangen. Das in den Leitsätzen erwähnte Dreierkollegium führt die laufenden Geschäfte. In größeren Zeitabständen tritt der Arbeitskreis zu Tagungen zusammen, auf denen sowohl grundsätzliche als auch praktische Fragen der Arbeit erörtert und geklärt werden. Dazwischen liegen bezirksmäßige Treffen unserer Mitglieder, die dem Sichkennenlernen und einer Förderung der Parteiarbeit in den verschiedenen Stadtbezirken dienen. Hier wird vor allem besprochen: wie man zu einer Vermehrung der evangelischen Parteimitglieder im einzelnen Bezirk kommen kann, in welcher Weise die Mitarbeit und Mitverantwortung der Evangelischen im jeweiligen Bezirksvorstand zu verwirklichen ist, wer in künftigen Fällen für Flugblattverteilung und Versammlungsdienst zur Verfügung steht und was dergleichen Fragen noch mehr sind.

Besondere Bedeutung mißt der Arbeitskreis einem guten Einvernehmen mit der evangelischen Pfarrerschaft bei. Dieses Anliegen findet vor allem in gelegentlichen Zusammenkünften mit ihr seinen Ausdruck. Auf der ersten sprach Bundestagspräsident D. Dr. Ehlers zu und mit unseren zahlreich erschienenen Pfarrern über die Verantwortung des evangelischen Christen im politischen Raum. Eine nächste Aussprache mit Bundesminister Dr. Tillmanns steht bevor.

Im Wahlkampf führte der Arbeitskreis eine Anzahl eigener Versammlungen innerhalb der evangelischen Gemeinden durch, die ein nachhaltiges Echo zu verzeichnen hatten.

Die Mitglieder unseres Arbeitskreises – aber nicht nur sie, sondern beispielsweise auch die evangelischen Pfarrer von Köln und die Bezirksvorsitzenden der Partei – erhalten regelmäßig einen Rundbrief des Arbeitskreises. Die breite Öffentlichkeit wird über seine Tätigkeit durch die Tagespresse in zunehmend positiver Weise auf dem laufenden gehalten.

Wer zu Anfang unserer Arbeit die Befürchtung hegen mochte, mit dem Evangelischen Arbeitskreis würde eine überflüssige oder gar schädliche Sache begonnen, hat inzwischen erkennen müssen, daß dieser Dienst ein echter Dienst für die „Union“ und für unser Volk ist, den wir nicht mehr missen wollen. Wir möchten wünschen, daß er in ähnlicher Weise vielerorts getan werde, damit die bei den letzten Bundestagswahlen so deutlich sichtbar gewordene „Union“ untermauert und weiterentwickelt werden kann.

Ernst Molis, MdL, Köln

UNS WIRD GESCHRIEBEN

„Evangelische Flüchtlinge erwarten Antwort durch die Tat“

Zu dem in Nummer 9 der „Evangelischen Verantwortung“ (S. 20) veröffentlichten Leserbrief von Pastor Jürgen Wehrmann, Hamburg-Jenfeld, hat uns die Deutsche Wohnungsgesellschaft m.b.H. Köln (DEWOG) eine Stellungnahme mit der Bitte um Veröffentlichung zugeleitet. Wir stellen im folgenden Auszüge aus diesem Schreiben und der Erwiderung Pastor Wehrmanns einander gegenüber. Im Anschluß daran geben wir einer weiteren
Zuschrift zum gleichen Thema Raum.

Die Red.

DEWOG: „Es entspricht wohl den Tatsachen, daß von uns in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen im Juli und August dieses Jahres eine Anzahl Flücht-

lingsfamilien in den Durchgangslagern Hamburg-Wandsbek, Wentorf bei Hamburg und Lübeck-Blankensee für eine Ausschleusung nach Köln ausgesucht wurden. Dabei ging es uns in erster Linie darum, kinderreiche Familien auszuwählen, da wir in unserem Bauprogramm überwiegend größere Wohnungen erstellt hatten, die wir nun familiengerecht besetzen wollten. Die endgültige Zusammenstellung der Transporte erfolgte vom Ausschleusungslager Wentorf aus, wo auch die Zahlen festgelegt wurden, die auf die einzelnen oben genannten Lager entfielen. Dabei ergab es sich, daß sich sowohl in Wandsbek als auch in den beiden anderen Lagern *w e i t a s m e h r* (Sperrung von uns - Die Red.) Familien für eine Ausschleusung nach Köln gemeldet hatten, als seitens der Stadt Köln aufgenommen werden konnten. Soweit gut und richtig."

Wehrmann: "Ich möchte zu Anfang folgende Feststellungen aus meinem ersten Brief an die 'Evangelische Verantwortung' wiederholen: 'Im Juli dieses Jahres wurden in den Hamburger Flüchtlings-Durchgangslagern auf Anforderung der DEWOG zunächst 75 Familien für Neubauten dieser Gesellschaft ausgesucht. Auf ausdrücklichen Wunsch erfolgte die Auswahl der Flüchtlingsfamilien durch die katholische und evangelische Lagerseelsorge. Da sich in den Lagern bekanntlich bei weitem mehr evangelische als katholische Flüchtlinge befinden, entfiel auf die Evangelischen im Einvernehmen mit der katholischen Seite der größere Anteil. Die Zahl der angeforderten Familien wurde kurz darauf sogar *a u f 9 0 e r h ö h t*, so daß mit Rechte eine Übersiedlung *a l l e r* (Sperrungen von uns - Die Red.) gemeldeten Flüchtlinge fest zu erwarten war.'"

DEWOG: "Wenn Herr Pastor Wehrmann dann aber schreibt: 'Zu dem Abruf der betreffenden Familien kam es erst *n a c h* der Bundestagswahl' - so entspricht das in keiner Weise den Tatsachen. Herrn Pastor Wehrmann müßte bekannt sein, daß der Transport von Hamburg-Wandsbek bereits am 3. September 1953 in Köln eintraf und der letzte Transport war, der für unser Bauvorhaben vorgesehen war. Damit ist zumindest *l e i c h t f e r t i g* eine Behauptung in die Welt gesetzt worden, die den Anschein erweckt, als ob die Auswahl der Familien ein billiges Wahlmanöver gewesen sei."

Wehrmann: "Bezüglich der Verstimmung über meinen Satz: 'Zu dem Abruf der betreffenden Familien kam es erst nach der Bundestagswahl' - verweise ich auf die beigelegte Abschrift eines amtlichen Schreibens des 'Beauftragten des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen im Lager Hamburg/Lettow-Vorbeck-Kaserne' an den 'Beauftragten des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen im Durchgangslager Wentorf/Reinbek'. Der letzte Absatz dieses Schreibens ('.... Sie teilten mir bereits mit, daß eine Weiterleitung erst nach dem 7. September dieses Jahres erfolgt. Ich darf Sie bitten, mir rechtzeitig Bescheid zu geben, wenn Ihnen das genaue Datum der Ausschleusung bekannt wird.') war damals meine einzige amtliche Information, da die Angelegenheit als solche während meines Urlaubs von meinem Vertreter im Lager erledigt worden ist. Daß der Transport - wie ich *e r s t h e u t e* erfuhr - doch eher von hier abgegangen ist, konnte ich im Besitze des beigelegten Schreibens nicht wissen."

DEWOG: "Das Zahlenspiel, das Herr Wehrmann anschließend in seinem Brief anstellt, erscheint verblüffend. Diese überraschende Feststellung verliert aber dann erheblich an Wert, wenn man die Gesamtzahl der von uns in diesem Programm untergebrachten Sowjetzonenflüchtlinge gegenüberstellt und sie nach Konfessionen aufgliedert: Insgesamt wurden von uns 217 Flüchtlingsfamilien untergebracht, von denen 107 Familien katholisch, 80 evangelisch, 29 Mischehen und 1 Familie ohne Religion waren.... Damit ist den 'äußerst kritischen Betrachtungen' des Herrn Pastor Wehrmann der Tatbestand entzogen, und wir dürfen annehmen und hoffen, daß er den Mut zu 'ihrer Korrektur findet'."

Wehrmann: "Der von mir erwähnte 'Verdacht konfessioneller Engherzigkeit' bleibt im Hinblick auf das Verhältnis bei den nach Köln abberufenen Flüchtlingsfamilien aus den von mir betreuten Lagern: Lettow-Vorbeck-Kaserne und

Estorff-Kaserne bestehen. Zur klärenden Unterstreichung meiner Feststellungen möchte ich erneut zu einem 'Zahlenspiel' greifen, das doch wohl Anlaß zum Nachdenken gibt:

Im Oktober (also zur Zeit der Veröffentlichung meines Leserbriefes) ergab die konfessionelle Gliederung der in das Bundesgebiet eingeschleusten Flüchtlinge folgendes Bild:

Katholiken	12,2 %,
Evangelische	83,1 %,
Sonstige	4,7 %.

Ein Blick auf die Statistik erweist übrigens seit Anfang 1952 ein nahezu gleichbleibendes Zahlenverhältnis.

Die an sich gar nicht zur Debatte stehenden Angaben über die Aufteilung der bisher insgesamt von der DEWOG erstellten Wohnungen entsprechen m.E. nicht der Not unserer überwiegend evangelischen Brüder und Schwestern aus dem Osten unseres Vaterlandes (s.o.):

Die DEWOG vergab von 217 Wohnungen

107 an katholische Familien	= 49,3 %,
80 an evangelische Familien	= 36,9 %,
29 an Mischehen	= 13,4 %,
1 an eine Familie ohne Religion	= 0,5 %.

Führt man sich in diesem Zusammenhang nun noch einmal die in meinem Eingekommten genannten Prozentzahlen für die Hamburger Lager – die ich heute noch durch die Effektivzahlen ergänze – vor Augen, so erscheinen mir 'kritische Betrachtungen' nicht unberechtigt:

Von den der DEWOG aus den Hamburger Lagern gemeldeten

25 kath. Familien wurden	20 abgerufen = 80,0 %,
65 evgl. Familien wurden	8 abgerufen = 12,4 %,
12 Mischehen	wurden 6 abgerufen = 50,0 %.

(Für die ausgewählten 102 Familien waren insgesamt 90 Wohnungseinheiten vorgesehen, da verschiedentlich zwei Einfamilien, z.B. Eltern und verheiratete Kinder, zu einer „Doppelfamilie“ zusammengefaßt werden konnten.)

DEWOG: „Wenn man außerdem weiß, daß Herr Wehrmann diese Tatsachen (siehe die von der DEWOG angeführten Zahlen – Die Red.) bekannt waren – er hatte sich gelegentlich eines kurzen Aufenthaltes in Bonn telefonisch bei uns informiert, konnte aber leider infolge Zeitmangels unserer Einladung zu einem Besuch unserer Wohnsiedlung nicht Folge leisten – bekommt man einen unangenehmen Geschmack auf die Zunge.“

Wehrmann: „Der erwähnte telefonische Anruf bei der DEWOG vom Bahnhof Köln aus bezog sich nur auf eine Anfrage, ob ich den Direktor der Gesellschaft erreichen könne. Ein Herr Sonnabend gab mir die Auskunft, daß dies am gleichen Tage nicht mehr möglich sei. Außer einer Aufforderung, die Siedlung später einmal zu besuchen, habe ich keinerlei Informationen erhalten – abgesehen von einer Bemerkung des Herrn Sonnabend, die etwa besagte, daß die Gesellschaft 'viel Ärger mit der ganzen Angelegenheit gehabt' habe. Das Letztere war die einzige Antwort auf meine Mitteilung: die Auswahl der Familien habe bei uns in Hamburg erhebliche Unruhe in die Lager gebracht (siehe mein Eingekommten).“

Zu der von Ihnen in Nummer 9 der „Evangelischen Verantwortung“ abgedruckten Zuschrift von Pastor Jürgen Wehrmann, Hamburg-Jenfeld, die ich als Heimatvertriebener und Sowjetzonenflüchtling mit besonderem Interesse gelesen habe, brachte die „Katholische Nachrichtenagentur“ (KNA) in ihrer Ausgabe Nummer 279 vom 7.12.1953 auf Seite 7 einen Bericht, der mit folgender Feststellung schließt:

„Die Erklärungen von Pastor Wehrmann sind u.a. auch im Evangelischen Pressedienst wiedergegeben worden. In keinem Bericht wurde darauf hingewiesen, daß die Deutsche Wohnungsgesellschaft (DEWOG), deren Wohnungen zu einem erheblichen Teil aus katholischen karitativen Mitteln erstellt worden sind, die Wohnungen für die kinderreichen christlichen Familien in den norddeutschen Durchgangslagern ohne Rücksicht auf deren Konfessionszugehörigkeit freiwillig angeboten hat. Die Loyalität der DEWOG allen Konfessionen gegenüber ist auch im Kölner Stadtparlament in einer öffentlichen Debatte am 30. Oktober bestätigt worden. Eine entsprechende Anfrage der SPD wurde zurückgezogen.“

Meines Wissens werden alle bestehenden gemeinnützigen Bauvorhaben, insbesondere die zur wohnraummäßigen Unterbringung von Sowjetzonenflüchtlingen in erster Linie aus Mitteln des Bundes und der Länder finanziert. Außerdem fließen – nach Pressemeldungen – dem Flüchtlingswohnungsbau häufig Spendenmittel aus dem Ausland zu. Sollte die DEWOG hier eine Ausnahme bilden und wirklich vorwiegend katholisch-karitative Mittel verwenden? – Jedenfalls bezweifle ich, daß Behörden und ausländische Spender ihre Mittel den in Frage kommenden Baugesellschaften unter einseitig konfessionellen Gesichtspunkten zur Verfügung stellen.

Aber, ganz abgesehen von dem Verhältnis zwischen den in der KNA erwähnten katholisch-karitativen und den von mir oben genannten öffentlichen Mitteln bei der DEWOG, sollte diese Gesellschaft – die sich ihre konfessionelle Loyalität sogar öffentlich bestätigen läßt – dem Gedanken der deutschen Einheit vielleicht doch dadurch Rechnung tragen, daß sie evangelische Familien entsprechend ihrem hohen Prozentsatz unter den Flüchtlingen stärker berücksichtigt. Mehr als 4/5 der Sowjetzonenflüchtlinge sind nun einmal evangelisch. Die genauen Prozentzahlen wurden bereits in der von Ihnen in Ihrer Ausgabe Nummer 4 vom Juni dieses Jahres auf Seite 13 veröffentlichten Zugschrift angeführt.

W.G., Bonn-Beuel

Hinweis:

Unsere Leser werden gebeten, sich zur Überweisung von Unkostenbeiträgen der beige-fügten vorgedruckten Zahlkarte zu bedienen.

Die Red.

An die Geschäftsstelle
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
B o n n , Görresstraße 40

- DRUCKSACHE -

Ich bitte um weitere Belieferung mit der „Evangelischen Verantwortung“
ab Januar 1954 und bin bereit, einen jährlichen Unkostenbeitrag von DM 3.-
zu entrichten.

Name: Vorname:

Beruf:

Wohnort und Postleitzahl:

Straße und Haus-Nummer:

....., den 1953

(Unterschrift)